

## Das Nuklearabkommen als Determinante der iranischen Präsidentschaftswahl

Adebahr, Cornelius

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Adebahr, C. (2017). *Das Nuklearabkommen als Determinante der iranischen Präsidentschaftswahl*. (DGAP kompakt, 5). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54576-7>

### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

## Das Nuklearabkommen als Determinante der iranischen Präsidentschaftswahl

*Cornelius Adebahr*

Rund 55 Millionen Iraner sind am 19. Mai zur Wahl ihres Präsidenten aufgerufen. Faktisch stimmen sie auch über das Atomabkommen vom Juli 2015 und über Irans Herangehensweise an die internationalen Beziehungen ab. Wenngleich für die Bevölkerung in erster Linie Wirtschaftsfragen zählen, sind diese direkt mit der Umsetzung des Abkommens verbunden: Dieses sollte den Wiederanschluss Irans an die Weltmärkte sichern, doch trotz nominellen Wachstums ist die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch und der Wohlstand im Land ungerecht verteilt. Als Ausdruck für die Aussicht auf ökonomische Erholung teilt das Abkommen die politische Landschaft des Landes in zwei Lager: Die Unterstützer um den amtierenden Präsidenten Hassan Rohani, die dessen vergleichsweise moderaten innen- und außenpolitischen Kurs weiterverfolgen wollen; sowie seine erzkonservativen Gegner aus dem Umfeld des Obersten Führers Ali Khamenei, die für einen radikaleren Kurs stehen. Damit ist das Wahlergebnis auch für Irans internationales Auftreten entscheidend: Eine Wiederwahl Rohanis würde der EU zumindest eine Fortführung ihrer wirtschaftlichen und politischen Annäherung ermöglichen, wenn auch weiterhin unter schwierigen innen- und regionalpolitischen Bedingungen. Rohanis Abwahl durch einen Erzkonservativen würde neben dem europäisch-iranischen Verhältnis auch die transatlantische Zusammenarbeit erschweren. Schließlich ist auch ein unklarer Ausgang der Wahl denkbar, der das Land destabilisieren würde. Auf all diese Szenarien müssen sich die EU und ihre Mitgliedstaaten vorbereiten.

Der Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA) vom Juli 2015 hat sowohl innen- wie außenpolitisch eine zentrale Bedeutung für Iran. Mit dem Abkommen verpflichtete sich das Land gegenüber China, Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Russland, den USA und der Europäischen Union zu einem ausschließlich zivilen Nuklearprogramm. Die Mehrheit der Bevölkerung steht hinter dem Atomprogramm, das ihnen als Ausdruck wirtschaftlicher Größe sowie nationaler (Energie-)Unabhängigkeit gilt.<sup>1</sup> Die vom Abkommen verordneten Einschränkungen des Atomprogramms sind für sie nur durch die im

Gegenzug erfolgte Aufhebung der schmerzhaften internationalen Wirtschaftssanktionen gerechtfertigt. Der Deal symbolisiert somit die Anerkennung dieser iranischen Leistung durch die Weltgemeinschaft und setzt gleichzeitig auf die wirtschaftliche Erholung des Landes. Damit ist er ein entscheidender Faktor für die Islamische Republik insgesamt und der Kristallisationspunkt der anstehenden Präsidentschaftswahl.

Das Abkommen ist die mit Abstand wichtigste Leistung Rohanis in seiner ersten Amtszeit.<sup>2</sup> Sein Antrittsversprechen, die internationale Isolierung des Landes zu durchbrechen und so für wirtschaftlichen Aufschwung zu sorgen sowie im Inneren eine „Politik der Balance“ (so sein Slogan bei der Wahl von 2013) zu führen, konnte er nur teilweise erfüllen. Auch wenn alle Parteien das JCPOA seit Januar 2016 regelkonform umsetzen, erholt sich Irans Wirtschaft nur langsam, und von der versprochenen Zunahme der inneren Freiheiten ist im Land nichts zu spüren. Zwar hat Rohani versucht, in manchen Bereichen die Bürgerrechte formal zu stärken. Doch faktisch steht dem eine Verschlechterung der Menschenrechtslage durch das Agieren der regimenahen Sicherheitsdienste entgegen, welche die Regierung nicht direkt kontrolliert.

### Das streng konservative Lager sieht das Abkommen weiterhin kritisch

Die Einigung im Atomstreit war in Iran innenpolitisch schwer erkämpft, denn die Islamischen Revolutionsgarden, eine Elitarmee mit eigenem militärisch-industriellen Komplex, haben weder ein Interesse an der Beschränkung des Atomprogramms noch an einer wirtschaftlichen Öffnung des Landes. Sie profitierten in mehrfacher Hinsicht vom Sanktionsregime, durch Schmuggel über die von ihnen kontrollierten Häfen und Flughäfen sowie durch das Ausschalten ausländischer Konkurrenz im Wirtschaftsbetrieb (hier vor allem bei staatlichen Infrastrukturaufträgen sowie in der Öl- und Gasförderung). Deshalb bemühten sie sich nach Kräften, die Verhandlungen zu sabotieren: Von Provokationen durch die von ihnen verantworteten Raketentests bis zur Geiselnahme US-amerikanischer Staatsbürger. Khamenei selbst oszillierte zwischen Unterstützung des Verhandlungsteams und Kritik an den USA als „Großem Satan“, so dass er sich immer von einem möglichen Scheitern des Deals würde distanzieren können.

Die Hardliner sehen im Abkommen selbst und in Irans kürzlich erst wieder von der US-Regierung bestätigten Einhaltung der entsprechenden Auflagen ein Einknicken vor dem Feind. Sie werfen der Regierung vor, im Rahmen des JCPOA das Nuklearprogramm spürbar zurückgefahren zu haben, während wichtige US-Sanktionen vor allem im Bankensektor fortbestehen. Diese sind allerdings beispielsweise auf Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche ausgelegt, und fallen daher nicht unter den Deal; gleichwohl hindern sie europäische Unternehmen am Wiedereintritt in den iranischen Markt, wenn diese oder ihre Geschäftspartner hierfür keine Kredite bei europäischen Banken erhalten.

Angesichts des Fortbestehens bestimmter US-Sanktionen sowie der anhaltenden Unsicherheiten über die zukünftige US-Politik<sup>3</sup> zeigt sich, dass die Erwartungen an eine schnelle ökonomische Erholung nach dem Inkrafttreten des Abkommens zu hoch waren. Zum Teil hatte die iranische Regierung diese bewusst geschürt, um den innenpolitisch umstrittenen Deal überhaupt umsetzen zu können. Nun sinkt mit dem Ausbleiben einer spürbaren wirtschaftlichen Erholung auch die Zustimmung zum Abkommen innerhalb jener Bevölkerungsteile, die sich für eine wirtschaftliche Öffnung des Landes aussprechen.

### Wirtschaftliche Erholung ist nicht in der Breite spürbar

Dass seriöse Projektionen Iran dank seines „Post-Sanktions-Aufschwungs“ als „dynamischste Wirtschaft“ im Nahen Osten der kommenden Jahre sehen, überträgt sich für die Bevölkerung noch in keine spürbaren Verbesserungen.<sup>4</sup> Wie aus der Handelsstatistik mit der EU zu erkennen ist, speist sich das Wachstum im Wesentlichen aus der Wiederaufnahme der Erdölexporten: Sie haben 2016 um das 150-fache zugenommen und machen somit den Löwenanteil des Anstiegs der EU-Importe um 345 Prozent aus.<sup>5</sup> Davon profitiert jedoch nur ein kleiner Teil des Landes. Entsprechend sieht ein Großteil der iranischen Bevölkerung ökonomische Herausforderungen wie hohe Arbeitslosigkeit und steigende Lebenshaltungskosten als wichtigste Aufgaben der nächsten Regierung.<sup>6</sup>

Rohanis bestehende wirtschaftspolitische Verdienste sind auch im Vergleich zu den Jahren rücksichtsloser Staatsausgaben unter seinem Vorgänger Mahmud Ahmadedschad zu sehen. Der hatte sein Amt 2013 mit einer Inflationsrate von 45 Prozent verlassen, welche die Regierung bis Ende 2016 nach eigener Auskunft auf weniger als acht Prozent gesenkt hat. Selbst wenn solche einstelligen Werte wohl zu optimistisch sind, stellt eine signifikant niedrige Teuerungsrate, die sich seit Mitte der 1970er Jahre fast immer deutlich über 10 Prozent bewegte,<sup>7</sup> eine bedeutende Leistung dar.

Ein Bruch des Abkommens wiederum würde jede noch so zaghafte wirtschaftliche Erholung zunichtemachen. Somit beeinflusst gerade die Unberechenbarkeit der US-Regierung, von dieser selbst als Stärke gerühmt, auch den Wahlkampf in Iran: Wie können die in der Regierung vertretenen moderat-pragmatischen sowie die ihnen nahestehenden reformerischen und konservativen Kräfte mit den mittelfristigen wirtschaftlichen Vorteilen des Abkommens Wahlwerbung betreiben, wenn die Wähler befürchten müssen, dass Washington es einfach aufkündigen oder faktisch sabotieren könnte?

Deshalb plädieren Vertreter der „Prinzipientreuen“ aus dem Umfeld des Obersten Führers für einen aggressiveren Kurs gegenüber den USA und der Weltgemeinschaft. Sie haben sich der Bewahrung der von Ayatollah Ruhollah Khomeini formulierten Grundprinzipien des islamischen Staates verpflichtet.<sup>8</sup> Zwar verlangen sie – anders als die US-Hardliner im dortigen Wahlkampf – nicht den sofortigen Ausstieg aus dem Deal. Doch sehen sie Iran zur einseitigen Aufkündigung des JCPOA berechtigt, sollte sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Europa nicht verbessern oder möglicherweise unter zunehmendem amerikanischen Druck wieder verschlechtern. Der hierin enthaltene Widerspruch – Kritik am Ausbleiben wirtschaftlicher Erholung bei gleichzeitigem Verweigern der Zusammenarbeit mit dem Westen – wird im Namen der Prinzipien sowie in der innenpolitischen Auseinandersetzung mit dem moderaten Lager freilich übergangen.

### Die Kluft zwischen Revolutionären und Reformern wird größer

Auch wenn eine Unterteilung in zwei politische Strömungen – (erz-)konservative „Prinzipientreue“ und moderat-technokratisch-pragmatische „Reformer“ – der facettenreichen Wirklichkeit Irans grundsätzlich nicht gerecht wird, dient sie doch einem besseren Verständnis der aktuellen Lage im Land. Denn die Bedeutung des Nuklearabkommens als Ausdruck eines kooperativen Ansatzes gegenüber der Welt wie auch als Aussicht auf ökonomische Erholung sorgt für eine entsprechende Zuspitzung im Wahlkampf: Man ist entweder für eine moderate Politik des internationalen Ausgleichs und zunehmenden Handels (und somit für den Amtsinhaber Rohani und dessen „Politik der Balance“) oder für die Rückkehr zu Isolation und Konfrontation und wirtschaftlicher Autarkie (wie es die Hardliner unter den Konservativen mit dem Slogan der „Widerstandswirtschaft“ wünschen).<sup>9</sup>

Diese Spannungen verdeutlichte der Tod von Akbar Hashemi Rafsandschani im Januar 2017, als beide Seiten versuchten, den ehemaligen Präsidenten posthum für sich zu reklamieren.<sup>10</sup> Der Weggefährte von Staatsgründer Khomeini galt als zentraler Pfeiler des Regimes. Mit der Grünen Bewegung von 2009 wechselte er jedoch zu den Moderaten; schon vorher galt er als wichtiger Mentor des aktuellen Präsidenten. In seinen letzten Jahren verkörperte Rafsandschani eine wichtige Brücke zwischen den beiden Lagern, die nunmehr offensichtlich fehlt.

Gleichwohl lehnte Khamenei bislang Rufe aus dem Reformlager und von einigen moderaten Konservativen nach einer „Nationalen Versöhnung“ ab.<sup>11</sup> Warum brauche es eine solche Versöhnung, wo doch die Nation nicht

gespalten sei, fragen er und seine Anhänger ostentativ. Tatsächlich aber wirken die Wunden der gescheiterten Proteste gegen die Wahlfälschungen von 2009, die eine zweite Amtszeit von Präsident Ahmadinedschad ermöglichten, bis heute nach: Die Anführer der Grünen Bewegung warten immer noch auf ihre Freilassung, während die Sicherheitskräfte weiterhin verstärkt durchgreifen und zahlreiche Künstler und Intellektuelle aufgrund fadenscheiniger oder konstruierter Vorwürfe verhaften. Sollte diesen politischen Gefangenen im staatlichen Gewahrsam etwas zustoßen, dürfte sich der Zorn ihrer Anhänger schnell gegen die obersten Vertreter des Systems richten.

Auch nach der für die Moderaten erfolgreich verlaufenen Parlamentswahl 2016 kontrollieren sie nur die vom Volk gewählten Institutionen; das „System“ – in Iran ein feststehender Begriff für die zentralen Machtinstitution der Islamischen Republik – untersteht dem auf Lebenszeit ernannten Revolutionsführer Khamenei. Vor diesem Hintergrund ist auch die von der Regierung Rohani im Herbst 2016 vorgestellte Bürgerrechte-Charta zu sehen: Zwar löste er hiermit eines seiner zentralen Wahlkampfversprechen von 2013 ein, doch die für die Umsetzung erforderlichen Apparate – die Justiz, der Sicherheitsapparat, die Medien und die religiöse Bildung – unterstehen dem Obersten Führer. Die Charta ist somit weitgehend ein Papiertiger; ihr vordergründiger Wert ist in erster Linie für die angestrebte Wiederwahl Rohanis von Bedeutung.<sup>12</sup>

Darüber hinaus illustrierte Rafsandschani Tod aber auch einmal mehr das brüchige Fundament der Revolution zum Ende ihres vierten Jahrzehnts. In einem System der alten und alternden Männer wird die Frage, wie personelle Übergänge in zentralen Funktionen störungsfrei zu gestalten sind, immer dringlicher. An erster Stelle steht dabei der fast 78-jährige, Berichten zufolge an Krebs leidende Ali Khamenei selbst. Um seine Nachfolge dürfte ein Machtkampf entbrennen, der das Land erschüttern könnte – weshalb die anstehende Präsidentschaftswahl zusätzlich an Bedeutung gewinnt.

Als eine der zentralen Institutionen des Systems der Islamischen Republik kontrolliert der Wächterrat über die Wahlen den Zugang zu politischen Ämtern. Die zwölf Kleriker und Juristen dieses erzkonservativen Gremiums überprüfen alle Kandidaten auf ihre „islamische Qualifikation“, worunter in erster Linie Systemtreue zu verstehen ist. Von den rund 1 300 Bewerberinnen und Bewerbern auf das Präsidentenamt ließen sie nur sechs zu.<sup>13</sup> Frauen, von denen sich ein gutes Dutzend bewarb, besitzen nach Auslegung der Verfassung durch die Wächter von vorneherein keine Befähigung zum Präsidentenamt.<sup>14</sup>

## Drei zentrale Szenarien für den Wahlausgang und Handlungsempfehlungen für die EU

Im günstigsten Fall bringt der erste Wahlgang am 19. Mai bereits eine Entscheidung, indem einer der Kandidaten mehr als die Hälfte der Stimmen gewinnt. 2013 gelang Rohani dieser Coup mit 50,7 Prozent. Spätestens im zweiten Wahlgang eine Woche später würde der Amtsinhaber direkt einem konservativen Herausforderer gegenüberstehen. Die Bevölkerung hätte dann die Wahl zwischen der Fortsetzung des bisherigen Kurses der relativen Öffnung samt Einhaltung des Nuklearabkommens, in der Erwartung auf wirtschaftliche Erholung, und der Rückkehr zu einer zunehmenden – politischen und wirtschaftlichen – Isolation, die auch das JCPOA infrage stellen würde.

Die Zentralität des Abkommens für Iran steht im Gegensatz zu seiner geringen öffentlichen Wahrnehmung in den EU-Mitgliedstaaten. In diesen wird sein Fortbestand schon nicht mehr infrage gestellt. Dabei bedeutet seine andauernde Einhaltung eine immense außenpolitische Aufgabe für die Europäer: Die Diplomaten der EU sowie der Mitgliedstaaten müssen einerseits auf seine detaillierte Umsetzung drängen, andererseits durch zusätzliche Kooperationen mit Iran über den Nuklearbereich hinaus das Abkommen als Ganzes stabilisieren.<sup>15</sup>

Für die Europäer heißt das, wechselseitig Amerikaner und Iraner zur vertraglichen Zusammenarbeit anzuhalten und sie gleichzeitig – im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel – in die Schranken zu weisen, wenn sie das Abkommen zu verletzen drohen. Bei all dem dürfen sie die Russen und Chinesen nicht verlieren. Gerade die vom JCPOA berufene Gemeinsame Kommission hat in allen Streitfällen eine besondere Bedeutung: Sie entscheidet mit der Mehrheit ihrer Mitglieder, den acht Unterzeichnern des Abkommens. Die EU als Vorsitz sowie die drei EU-Mitgliedstaaten vereinen also bereits die Hälfte der Stimmen auf sich.<sup>16</sup> Somit tragen sie eine große Verantwortung beim Zustandekommen von Beschlüssen zur Auslegung des Abkommens in Streitfällen.

### *Szenario 1: Präsident Rohani wird wiedergewählt*

Trotz seiner mageren Bilanz gilt Amtsinhaber Rohani als Favorit.<sup>17</sup> Als Mann des Systems stimmte er sich bei den Nuklearverhandlungen eng mit dem Obersten Führer ab und leitete erste Wirtschaftsreformen ein. Er genießt innerhalb der Elite breite Unterstützung, von gemäßigt Konservativen wie dem einflussreichen Parlamentspräsidenten, Ali Laridschani, über Technokraten bis hin zu den Reformern. Auch hat bislang noch jeder Präsident Irans zwei Amtszeiten absolviert.

Deshalb waren die Stimmen aus dem erzkonservativen Lager, die eine Nichtzulassung Rohanis zur Wahl für

möglich hielten, in erster Linie als Disziplinierung des amtierenden Präsidenten zu verstehen. Ihm sollten vor der Wahl noch einmal die Grenzen seines Handelns aufgezeigt werden. Das Schicksal seines Vor-Vorgängers, des Reformpräsidenten Mohammed Khatami, dem öffentliche Auftritte sowie jegliche Medienpräsenz seit Jahren untersagt sind, ist eine bleibende Warnung.

Auch wenn noch zwei weitere moderate Kandidaten im Rennen sind, stellt dies keine Zersplitterung des Lagers dar. Besonders Rohanis derzeitiger Vizepräsident Eshagh Dschahangiri gilt eigentlich als Kandidat für die weitere Vizepräsidentschaft. Es wird erwartet, dass er und der dritte Kandidat, der wenig bekannte ehemalige Industrieminister Mostafa Hashemi-Taba, noch vor der Wahl ihren Rückzug zugunsten Rohanis erklären. Hierauf deutet vor allem die Unterstützung des Letzteren durch den „geistigen Führer“ der Reformbewegung, Ex-Präsident Khatami, hin.<sup>18</sup>

Auch wenn der Fall eines Wahlsiegs Rohanis als der von Europäern bevorzugte gelten darf, wäre er nur ein scheinbar einfacher Ausgang. Zwar würde damit Iran als Ganzes (und mit der Anerkennung des Ergebnisses auch die das System tragenden Kräfte um Khamenei) noch einmal den mit dem JCPOA eingeschlagenen Kurs der internationalen Moderation in der Nuklearfrage bestätigen. Doch wäre noch keine der weiteren Herausforderungen, die sich für die europäisch-iranischen Beziehungen stellen, gelöst: Teherans Rolle im Syrienkonflikt ebenso wenig wie die iranisch-saudische Konkurrenz um regionale Vorherrschaft oder der Mangel an Rechtsstaatlichkeit im Land selbst.

Auch wären die transatlantischen Differenzen über den Umgang mit dem Land keineswegs beigelegt. Für viele amerikanische Politiker ist die Unterscheidung zwischen einem „guten Iran“ (der sich an das JCPOA hält) und einem „bösen Iran“ (dessen regionale Interessen den amerikanischen zumeist entgegenstehen) zu spitzfindig. Sie wollen das Regime der Islamischen Republik letztlich bezwingen und nehmen dafür auch eine Verschärfung der Sanktionen, oder gar militärische Provokationen, in Kauf, die das Ende des Nukleardeals bedeuten würden.

Für die Europäer erfordert dies ein kontinuierliches Erwartungsmanagement gegenüber den Parteien, vor allem Iran und den USA, und deren möglichem oder tatsächlichem Agieren.<sup>19</sup> Als Hüter des JCPOA müssen sie etwaige Verstöße sanktionieren, ohne dass es zum Bruch der Vereinbarung kommt. Tatsächlich ist der Instrumentenkasten in dieser Hinsicht begrenzt: Das Wiedereinsetzen der Sanktionen ist nur die Ultima Ratio für den Fall eines schweren Verstoßes. Kleinere Verletzungen des Abkommens können nur thematisiert und mit diplomatischem Druck beantwortet werden. Gleichzeitig müssen

die Europäer das Abkommen durch Kooperationen im nicht-nuklearen Bereich stützen, um ein Minimum an Vertrauen zwischen den Parteien zu wahren. Die Reise einer hochrangigen EU-Delegation im April 2016 hat deutlich gemacht, wo das Potenzial von Energie- und Klimafragen über Verkehr und Umwelt bis zu Wissenschaft und Kultur sowie humanitärer Hilfe und Krisenmanagement liegt.<sup>20</sup> Ein wiedergewählter Präsident Rohani hätte hierfür zwar mehr Raum, würde sich aber auch nicht dem Vorwurf der Liebedienerei gegenüber dem Westen aussetzen wollen.

### *Szenario 2: Ein konservativer Kandidat gewinnt*

Im Gegensatz zum moderat-technokratischen Regierungslager müssen sich die Prinzipientreuen noch auf einen Bannerträger unter ihren drei zugelassenen Kandidaten einigen. Mohammed Bagher Ghalibaf, Bürgermeister von Teheran und ehemaliger Kommandeur der Revolutionsgarden, unternimmt seinen dritten und wohl letzten Versuch, Präsident zu werden. 2013 war er einer von fünf konservativen Kandidaten, die mit ihrer Uneinigkeit Rohanis Erstrundensieg ermöglichten. Ihm gegenüber steht der Kleriker und ehemalige Oberstaatsanwalt Ibrahim Raisi, der kürzlich die Verwaltung des religiös bedeutsamen und vor allem finanziell schlagkräftigen Imam-Reza-Schreins in Maschad übernahm – ein hochrangiger Posten, für den es die Unterstützung des Obersten Führers braucht. Zwar holte ihn im Wahlkampf seine Rolle bei der Massenexekution von Oppositionellen Ende der 1980er Jahre ein, doch gilt Raisi bei einem Wahlsieg auch als möglicher Nachfolger für Khamenei selbst: Wie dieser 1989 könnte Raisi aus dem Präsidentenamt in die Position des Obersten Führers wechseln.<sup>21</sup>

Weder Raisi noch Ghalibaf werden leichthin dem jeweils anderen den Vortritt lassen. Daneben gibt es noch einen dritten konservativen Kandidaten, den zwar erfahrenen, aber weithin unbekanntem ehemaligen Kulturminister Mostafa Mir-Salim. Ihm werden keine ernstzunehmenden Erfolgchancen eingeräumt.

In Fall eines Wahlsiegs Ghalibafs oder Raisis stünden das JCPOA und damit der größte diplomatische Erfolg der EU und ein zentraler Baustein der nuklearen Nichtverbreitung zumindest rhetorisch zur Disposition. Ähnlich wie nach dem Wahlsieg Donald Trumps müsste die EU dann zunächst versuchen, dem neuen iranischen Präsidenten durch diplomatische Demarchen den Wert des Abkommens als solchem deutlich zu machen.

Doch es ist unsicher, ob die iranischen Hardliner analog zum amerikanischen Präsidenten in der Regierung weitaus zurückhaltender als im Wahlkampf angedeutet agieren würden. Denn in Teheran würde

nicht nur eine, wie auch immer erratische Einzelperson regieren, sondern die konservative Strömung mit voller Unterstützung des Obersten Führers.

Zudem dürfte ein Regierungswechsel in Teheran die „Falken“ in Washington zu schnellen Reaktionen verleiten, die wiederum zu Gegenaktionen der Iraner führen könnten. Im günstigsten Falle käme es kurz- bis mittelfristig zu einem „kalten Frieden“, da weder Iran noch die USA die Verantwortung für ein Scheitern des Deals übernehmen wollen würden. Auf lange Sicht dürfte das Abkommen eine solche Periode jedoch nicht überstehen.

Unabhängig davon, ob eine Seite das JCPOA zeitnah aufkündigen oder brechen würde, wäre in jedem Fall ein weiteres wirtschaftliches Engagement europäischer Unternehmen im Land unwahrscheinlich bis unmöglich. Es würde eine neue „Eiszeit“ wie während der internationalen Sanktionen von 2011 bis 2013 drohen. Damit wären die Europäer ihrer in erster Linie kooperativen, nicht-gewaltsamen Einflussmöglichkeiten beraubt.

### *Szenario 3: Die Wahlen verlaufen unregelmäßig und führen zu verbreiteten Protesten*

Nach den Erfahrungen von 2009 muss sich die EU ebenso auf dieses Szenario vorbereiten. Auch hier gilt es, frühzeitig mit den USA eine Einigung über mögliche Reaktionen zu erzielen; aufgrund des noch schleppend vorangehenden Aufbaus der Entscheidungsstrukturen in der US-Regierung muss hier der Dialog – neben Hintergrundgesprächen – auch auf oberster Ebene bis hin zum Präsidenten selbst gesucht werden. Denn während in der iranischen politischen Klasse (inklusive der Reformer) ein Grundkonsens darüber besteht, Einmischung von außen abzulehnen, mag manch Hardliner in Washington bei möglichen Unruhen vorschnell die Chance auf einen *regime change* wittern.

Die ersten beiden Szenarien – eine ruhig verlaufende Wahl mit einem klaren Sieger, gleich aus welchem Lager – würden eine Stärkung des Systems der Islamischen Republik bedeuten. Die Bedeutung des Wahlausgangs für die Europäer und das JCPOA läge dann in den beschriebenen Auswirkungen der jeweiligen Verschiebung – ob moderat oder prinzipientreu. Im zweiten und im dritten Szenario – letzteres könnte das System in seinen Grundfesten erschüttern – bestünde die Gefahr, dass die Umsetzung des Nuklearabkommens auf Eis gelegt würde. Dies würde auch die bestehenden Differenzen zwischen Europäern und Amerikanern verschärfen.

---

**Dr. Cornelius Adebahr** ist Associate Fellow im Alfred von Oppenheim-Zentrum für Europäische Zukunftsfragen der DGAP.

## Anmerkungen

- 1 Ebrahim Mohseni, Nancy Gallagher, Clay Ramsay, Iranian Attitudes on Iranian-U.S. Relations in the Trump Era. A Public Opinion Study, CISSM Report, Januar 2017. College Park, MD: Center for International and Security Studies at Maryland (CISSM).
- 2 Iran Primer, Poll 2: Rouhani's Standing, 2017 Election, United States Institute of Peace, 25.1.2017, <<http://iranprimer.usip.org/blog/2017/jan/25/poll-2-rouhani's-standing-2017-election>> (abgerufen am 9.5.2017).
- 3 Karim Sadjadpour, How America Could Stumble Into War With Iran, in: The Atlantic, 9.2.2017, <<https://www.theatlantic.com/international/archive/2017/02/iran-trump-nuclear-deal/515979/>> (abgerufen am 9.5.2017).
- 4 The Economist Intelligence Unit, EIU Global Forecast February 2017, 15.2.2017.
- 5 European Commission, European Union, Trade in Goods with Iran, Directorate-General for Trade, 2017.
- 6 Iran Primer, Poll: Economy to Dominate Presidential Race, United States Institute of Peace, 19.4.2017, <<http://www.iranprimer.com/blog/2017/apr/19/poll-economy-dominate-presidential-race>> (abgerufen am 9.5.2017).
- 7 Leo Bonato, Money and Inflation in the Islamic Republic of Iran. IMF Working Paper WP/07/119, Mai 2007, International Monetary Fund.
- 8 Henner Fürtig, Mehr als nur Routine: Iran wählt ein neues Parlament. GIGA Focus Nr. 3/2012, German Institute of Global and Area Studies.
- 9 Tarja Cronberg, The Great Balancing Act: EU Policy Choices during the Implementation of the Iran Deal (Non-Proliferation Paper No. 50), April 2016, EU Non-Proliferation Consortium.
- 10 Robin Wright, Rafsanjani, Iran's Wildest Revolutionary Dies, in: The New Yorker, Januar 2017, <<http://www.newyorker.com/news/news-desk/rafsanjani-irans-wildest-revolutionary-dies>> (abgerufen am 9.5.2017).
- 11 Reza Marashi, Can Iran's Khamenei Rule Out "National Reconciliation"? Al Monitor, 22.2.2017, <<http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/02/iran-khamenei-national-reconciliation-mousavi-karroubi.html>> (abgerufen am 9.5.2017).
- 12 Mehrnaz Samimi, Will Rouhani's "Charter of Rights" Change Anything in Iran? IranInsight, 3.1.2017, <<http://www.atlanticcouncil.org/blogs/iraninsight/charter-of-rights>> (abgerufen am 9.5.2017).
- 13 Rohollah Faghihi, Iran's Guardian Council Announces Presidential Candidate List, Al Monitor, 21.4.2017, <<http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/04/iran-elections-guardian-council-candidates-rouhani.html>> (abgerufen am 9.5.2017).
- 14 Saeid Jafari, Will this Woman Become Iran's First Female President? Iran Pulse, Al Monitor, 23.2.2017, <<http://www.al-monitor.com/pulse/originals/2017/02/iran-female-presidential-candidate-marzieh-vahid-dastjerdi.html>> (abgerufen am 9.5.2017).
- 15 Cornelius Adebahr, Europe and Iran: The Nuclear Deal and Beyond, London, Routledge 2017.
- 16 Dina Esfandiary, Marc Finaud, The Iran Nuclear Deal: Distrust and Verify (18/16 Research Series). Geneva Centre for Security Policy 2016.
- 17 Iran Primer, Poll 2: Rouhani's Standing, 2017 Election, United States Institute of Peace, 25.1.2017, <<http://iranprimer.usip.org/blog/2017/jan/25/poll-2-rouhani's-standing-2017-election>> (abgerufen am 9.5.2017).
- 18 Saeed Kamali Dehghan, Placeholder Candidate in Iranian Election Overshadows Rouhani, in: The Guardian, 4.5.2017, <<https://www.theguardian.com/world/2017/may/04/shadow-candidate-in-iranian-election-overshadows-rouhani>> (abgerufen am 9.5.2017).
- 19 David Jalilvand, Managing Expectations: Europe and Iran in the Second Year of the Nuclear Deal, FES Perspektive, Mai 2017.
- 20 European Commission, EU Visit to Iran: Cooperation Envisaged in Various Sectors (16 April 2016). Brussels: European Commission Press Service.
- 21 Golnaz Esfandiary, In Iran, Emerging Hard-Liner Stakes Future On Unseating Rohani, RFE/RL Iran blog, 6.4.2017, <<https://www.rferl.org/a/iran-presidential-election-candidate-hard-liner-ebrahim-raisi/28414689.html>> (abgerufen am 9.5.2017).

DGAPkompakt / Nr. 5 / Mai 2017



Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/) Lizenz. This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).



Deutsche Gesellschaft  
für Auswärtige Politik  
German Council on  
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17/18 · 10787 Berlin  
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16  
[info@dgap.org](mailto:info@dgap.org) · [www.dgap.org](http://www.dgap.org)

#### Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für  
Auswärtige Politik e.V.  
ISSN 2198-5936

Redaktion Sabine Wolf

Layout/Satz Sabine Wolf

Designkonzept Carolyn Steinbeck · Gestaltung